

Konzerninitiative soll nicht vors Volk

Ein konkreter Gegenvorschlag liegt vor – das Initiativkomitee ist bereit zum Rückzug

Nach einer Intervention der CVP könnte das Parlament doch noch einen Gegenvorschlag zur Konzerninitiative verabschieden. Die Initianten würden sich damit zufriedengeben. Dagegen gehen die Meinungen in der Wirtschaft auseinander.

CHRISTINA NEUHAUS

Der Dachverband Economiesuisse will, dass die eidgenössische Volksinitiative «für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» ohne Gegenvorschlag vors Volk kommt. Ähnlich sehen das viele bürgerliche Wirtschaftspolitiker im Bundeshaus. Die Rechtskommission des Ständerats sprach sich zwar Ende 2017 für einen indirekten Gegenvorschlag zur Konzerninitiative aus, ihre Schwesterkommission im Nationalrat lehnte einen solchen aber mit 14 zu 11 Stimmen ab. Den Ausschlag gaben die Stimmen von SVP und FDP.

Initiative geht zu weit

Die Alles-oder-nichts-Strategie ist nicht ohne Risiko. 2013 sagten 68 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer Ja zur Abzocker-Initiative. Die intensive Gegenkampagne von Economiesuisse war wirkungslos verpufft. Gemeinsam ist den beiden Initiativen, dass sie in der Öffentlichkeit grosse Sympathie genießen. Die hohen Managerlöhne und Boni wurden in breiten Kreisen als stossend empfunden. Die Forderung, dass sich Schweizer Unternehmen angesichts von Kinderarbeit und Umweltschäden auch im Ausland verantwortungsbewusst geben, ist breit akzeptiert. Zu den Unterstützern des Volksbegehrens, das Ende Oktober 2016 mit rund 120 000 gültigen Unterschriften eingereicht wurde, gehören etwa der Basler Bischof, Felix Gmür, oder der Berner Stadtpräsident Alec von Graffenried. Der freisinnige FDP-Alt-Ständerat Dick Marty amtiert als Co-Präsident des Initiativkomitees.

Doch die Konzerninitiative zielt zu weit. Jede international tätige Firma könnte künftig in der Schweiz einem Gerichtsverfahren entgegensehen, wenn eine ihrer Zulieferfirmen Umweltstandards oder Menschenrechte verletzt. Die geforderte Haftung geht weit über inter-



Der Gegenvorschlag sieht vor, dass Schweizer Unternehmen haften, wenn ausländische Tochterfirmen der Umwelt schaden. BLOOMBERG

nationale Standards hinaus. Laut der Initiative sollen Schweizer Konzerne künftig nach Schweizer Recht weltweit für Schäden haften, «die von ihnen kontrollierte Unternehmen» verursachen. Potenziell betroffen sind zudem nicht nur Rohstoffgiganten mit ebenso gigantischen Rechtsabteilungen, sondern auch kleinere und mittlere Unternehmen. Die Initianten verlangen zwar, dass der Gesetzgeber bei der Regelung der Sorgfaltsprüfungspflicht Rücksicht auf die Bedürfnisse von KMU nimmt, doch auch sie werden von der Haftung erfasst.

Im Wissen um die Chancen des Volksbegehrens und die Gefahren für die Wirtschaft, hat im Bundeshaus nun ein Umdenken eingesetzt. Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats will doch noch einmal eine Empfehlung für einen indirekten Gegenvorschlag ausarbeiten. Den Anstoss gab der Obwaldner CSP-Nationalrat Karl Vogler, der mit fachlicher Hilfe des Aktienrechtsspezia-

listen und SVP-Nationalrats Hans-Ueli Vogt einen Entwurf ausarbeitete. In diesem wird die Thematik der Sorgfaltspflicht, der Pflicht zur Berichterstattung und der Haftbarkeit neu aufgegleist. So soll etwa die Haftungspflicht der Unternehmen neu nur für Tochterfirmen, keinesfalls aber auch für Zulieferer gelten. Wie Vogler auf Anfrage sagte, soll eine Spezialgesetzgebung vermieden werden. Der Gegenvorschlag würde im Obligationenrecht verankert.»

Kernanliegen aufgenommen

Bei den Initianten wurde der Antrag Voglers mit Interesse zur Kenntnis genommen. Wie sie auf Anfrage erklärten, würden sie die Volksinitiative «bei einer definitiven und unveränderten Verabschiedung des Textes durch beide Räte» zurückziehen. Für das Initiativkomitee stehe die Verbesserung der Situation an erster Stelle.

Ob der Entwurf Voglers bei den bürgerlichen Parteien und der Wirtschaft auf Gegenliebe stösst, ist hingegen offen. Dass ihn das Initiativkomitee akzeptiert, lässt darauf schliessen, dass die Kernanliegen aufgenommen wurden. Die SVP steht einem Gegenvorschlag deshalb nach wie vor ablehnend gegenüber, bei der FDP äussern vereinzelt Bundespolitiker Sympathien, andere Skepsis. Uneins sind sich die Wirtschaftsverbände. Während sich Economiesuisse bisher stets gegen einen Gegenvorschlag zur Konzerninitiative gewehrt hat, sprechen sich Unternehmen wie Ikea und Migros oder der Westschweizer Verband «Groupement des Entreprises Multinationales» dafür aus. Die Vereinigung vertritt 92 Firmen mit insgesamt 35 000 Angestellten. In einem Brief an die Rechtskommission schrieb sie: Die Firmen seien sich ihrer Verantwortung bewusst. Die Einhaltung der Standards sei eine Notwendigkeit.